

Killer-Roboter: die Debatte um autonome Waffensysteme

Angela Kane, 20 November 2018

International Institute for Peace

Es fing eigentlich damit an, daß Christof Heyns, der Sonder-Berichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtung in 2013 einen Bericht über die autonomen Waffensysteme verabschiedete. Dieser Bericht führte zurück auf eine Entscheidung der Generalversammlung und oft bleiben solche Berichte in einem kleinen Kreis von Menschenrechtsverteidigern – aber in diesem Fall war schon der Titel brisant: *Zum Einsatz tödlicher Gewalt durch bewaffnete Drohnen aus der Perspektive des Schutzes des Rechts auf Leben.*

Ich hatte mich in meiner Funktion als Hohe Repräsentantin der Uno für Abrüstung mit Christof Heyns getroffen und war ausführlich von ihm über die Thematik informiert. Das Thema der „Lethal Autonomous Weapons Systems“ (LAWS) war schon bekannt, nur in den Abrüstungsgremien der Uno wurde es nicht diskutiert; es war ein Thema im Dritten Ausschuß, der sich mit Menschenrechtsfragen beschäftigte. Ich meinte allerdings, daß dies ein Thema der Sicherheitsfragen und Abrüstung war und daher vom Ersten Ausschuß behandelt werden sollte. Ich versuchte daher, die Mitgliedsstaaten dafür zu interessieren, bekam aber anfänglich wenig Unterstützung – bis Frankreich sich bereit erklärte, das Thema in Genf aufzugreifen, und zwar im Rahmen einer Konvention, die mehrere Protokolle vereint und wo man, wenn ein Abkommen über die LAWS verabschiedet würde, ein weiteres Protokoll hinzufügen kann.

Autonome Waffen werden durch die rasante Entwicklung künstlicher Intelligenz möglich. Ein Algorithmus wird mit Daten gefüttert: wie sieht ein Ziel aus, wie bewegt es sich, wann sollte es angegriffen werden, wann soll es zünden – all dies ohne die Beteiligung eines Menschen an der Entscheidung. Es gibt schon seit geraumer Zeit automatische Waffen, aber die müssen von Menschen vorher genau programmiert werden. Autonome Waffen machen die Zielerkennung eigenständig, das ist der Unterschied.

Die erste informelle Sitzung über dieses Thema in Genf liegt nun gute vier Jahre zurück, und in dieser Zeit hat sich viel getan: die KI-Entwicklung ist atemberaubend, und die Staatengemeinschaft ist in der Frage der LAWS sehr aktiv geworden; unterstützt von der Zivilgesellschaft, die lautstark gegen diese Waffen angeht, repräsentiert vor allem durch The Campaign To Stop Killer Robots.

Die Beratungen in Genf war für viele Staaten das erste Mal, daß sie sich zu dieser Frage äußerten. Die meisten hatten keine Regeln für diese Waffen und viele, die weniger technisch versiert waren, hatten Fragen zu dem Thema. Es wurde erkannt, daß das international humanitäre Recht Anwendung finden müßte, aber es herrschten verschiedene Meinungen, ob diese Waffen illegal waren oder in bestimmten Fällen Anwendung finden würden.

Die Staaten waren sich in 2014 jedoch darüber einig, daß die Diskussion der Thematik hilfreich war und fortgesetzt werden sollte.

2015 wurde das Thema LAWS noch prominenter und wurde verstärkt auch in wissenschaftlichen Kreisen diskutiert. Viertausend Teilnehmer einer führenden KI-Konferenz, der International Joint Conference on Artificial Intelligence (IJCAI) unterzeichneten einen offenen Brief, in dem sie dazu aufriefen, der Entwicklung Einhalt zu gebieten: „Die Vielzahl der KI Forscher haben kein Interesse daran, KI Waffen zu entwickeln, und wollen nicht, daß ihre Forschungstätigkeit dadurch in Verruf gerät“, hieß es in dem Aufruf, der von 22,000 weiteren Unterstützern unterzeichnet wurde. Die autonomen Waffen könnten die Kalaschnikovs von morgen werden, hieß es.

In Genf fand 2015 die zweite Gesprächsrunde über LAWS statt. Neunzig Staaten nahmen teil, zusammen mit dem Internationalen Roten Kreuz, anderen UN Büros, Akademikern, und Vertreter der Industrie. 58 Staaten hatten sich zu dem Thema geäußert, die meisten davon begrüßten die multilateralen Gespräche hierüber.

Keiner der Staaten sagte, daß sie aktiv an der Entwicklung von diesen Waffensystemen arbeiteten oder daß ihr Militär diese Systeme in der Zukunft verwenden würden, obwohl ausführliche Diskussionen über die möglichen Vorteile solcher Waffen geführt wurden.

Nur zwei Staaten (Israel und die USA) sagten 2015, daß sie diese Waffensysteme nicht völlig ausschließen würden, während andere (Kanada, Frankreich, Japan und Großbritannien) behaupteten, sie würden solche Waffensysteme nie erwerben und anwenden.

Diese zweite Beratungsrunde in Genf war deutlich produktiv: Referate wurden erstellt, Briefings von prominenten KI Forschern erklärten die technische Problematik, und Bereiche wie Charakteristiken von LAWS, mögliche Herausforderungen durch internationales humanitäres Recht, ethische Fragen, Transparenz und übergreifende Thematik wurden erörtert.

Die Forderung nach mehr Beratungen war stark, aber es dauerte wieder ein ganzes Jahr, ehe sich die Staaten im April 2016 trafen. Diesmal waren es 94 und sie waren sich einig, daß diese Waffensysteme noch nicht existierten und daß man stärker die Idee der „sinnvollen menschlichen Kontrolle“ debattieren müßte. Auch andere Formulierungen wurden vorgeschlagen, z. B. „angemessene menschliche Urteilskraft“.

Vierzehn Staaten forderten einen präventiven Bann der autonomen Waffensysteme, während die USA sich für die Systeme einsetzte, weil sie ihrer Meinung nach Vorteile hätten, wie z.B. Zielpräzision und weniger zivile Opfer verursachten. Dies wurde von Israel unterstützt. Staaten wie Rußland und China kommentierten die Positionen anderer, ohne eigene Ansichten darzustellen.

Die Staaten waren sich jedoch einig, daß eine Gruppe von Staatlichen Experten (Group of Governmental Experts, GGE) etabliert werden sollte, die ihre Arbeit 2017 anfangen sollte. Eine

Liste von Fragen, die diese Gruppe behandeln sollte, wurde erstellt, diese basierte auf den vorhergehenden Diskussionen.

Im August 2017 schickte eine führende Gruppe von 116 KI Forschern einen offenen Brief an die Vereinten Nationen, der Alarm ausrief. „Tödliche autonome Waffensysteme drohen die dritte Revolution des Krieges zu werden. Wenn es sie gibt, werden bewaffnete Konflikte tödlicher denn je ausgehen, mit einer Geschwindigkeit, die den Menschen unglaublich erscheint“ warnten die Forscher. Sie forderten mehr Einsatz der Staaten, mehr Verhandlungen und boten an, Treffen und Briefings zu organisieren, um den Staaten zu helfen.

Doch es dauerte 18 Monate, bis die nächste Beratungsrunde stattfand, im November 2017. Der Grund war die Nichtzahlung der Konventionsjahresbeiträge (anscheinend war Brasilien im Verzug, sie hatten seit 2010 ihre Beiträge nicht entrichtet) und die Zivilgesellschaft kritisierte diesen Verzug stark und nannte 2017 ein „verlorenes Jahr“ für LAWS.

Obwohl das Mandat für die GGE robust formuliert war, machte der indische Botschafter, der den Vorsitz führte, einen eher konservativen Anfang und plante Meinungsfindungen und Debatten, um ein besseres Verständnis für die Problematik zu bilden. Dieser eher konservative Ansatz wurde als „wenig ambitioniert“ kritisiert von jenen Staaten, die sich eine schnellere Entwicklung gewünscht hatten.

Vor der GGE hatte gerade der Erste Ausschuss der Generalversammlung in NY getagt, wo 34 Staaten das Thema LAWS aufgegriffen hatten und die Arbeit der Gruppe unterstützten. In der GGE sah man, daß 21 Staaten sich bereits für einen präventiven Bann aussprachen, während Israel, Rußland, die Türkei, Großbritannien und die USA sich dagegen wehrten: es sei zu früh für einen Bann, hieß es, und Israel argumentierte, daß diese Waffensysteme „futuristisch“ seien und man daher ausgewogen und vorsichtig vorgehen müßte.

Frankreich und Deutschland machten den Vorschlag, einen politischen Verhaltenskodex auszuarbeiten, der nicht bindend sein sollte und 2018 verabschiedet werden könnte: er beruhte auf der Prämisse, daß diese Waffen noch nicht existieren. Dieser Vorschlag wurde von den Nichtgebundenen Staaten kritisiert: die Waffen in Protokoll IV der Konvention seien auch verboten worden, ehe sie existierten, und das Argument sei hohl, sagten sie. Und außerdem sei ein Verhaltenskodex nicht völkerrechtlich verbindlich.

Viele der Staaten argumentierten, daß man eine Arbeitsdefinition für die LAWS finden müsse, und auch konkrete Maßnahmen ergreifen müsse. Man war mit der Zusammenfassung des indischen Vorsitzenden nicht zufrieden und forderte verstärkten Einsatz.

So begannen die nächsten beiden Beratungsrunden dieses Jahr, im April und im August, an denen 88 Staaten teilnahmen. Die Mehrheit der Staaten forderte Verhandlungen, um einen Vertrag über das Verbot von LAWS auszuhandeln, jedoch die Empfehlung der GGE muß im Konsens angenommen werden; das heißt, das eine einzige Gegenstimme den Wunsch der Mehrheit verhindern kann. In diesem Fall war die einzige Möglichkeit, das bestehende Mandat

weiterzuführen, nämlich die Optionen für zukünftige Arbeit auszuloten. Die Staaten, die der Konvention angehören, werden ihre Sitzung in dieser Woche abhalten, und es wird erwartet, daß diese – doch sehr schwache Mandat – angenommen wird.

Lassen Sie mich ein paar der Staaten auflisten, die sich für einen präventiven Bann einsetzen: Kolumbien, Irak, Pakistan, Panama, verschiedene afrikanische Staaten und eine Gruppe der Nichtgebundenen. Österreich, Brasilien und Chile forderten ein neues Mandat: „ein rechtsverbindliches Instrument auszuhandeln, um eine sinnvolle menschliche Kontrolle über die kritischen Funktionen von Waffensystemen sicherzustellen“.

Und wer sperrt sich dagegen? Australien, Israel, Rußland, Südkorea und die USA, die stets Nachdruck auf die möglichen Vorteile dieser Waffensysteme legen.

Generalsekretär Guterres hat auch zu der Debatte beigetragen. In seiner Agenda für die Abrüstung hat er bereits im Mai 2018 seine Bedenken über die Entwicklung der LAWS geäußert. In seiner Rede am 25. September vor der Generalversammlung nannte er Waffen, die ihr Opfer selbst aussuchen und angreifen könnten „moralisch abstoßend“. Am Jahrestag des 100. Gedenktages des Ende des Ersten Weltkrieges am 11. November, bei dem Pariser Friedensforum, sprach der Generalsekretär es sehr deutlich aus: „Stellen Sie sich die Konsequenzen eines autonomen Waffensystem vor, das selbstständig Ziele aussucht und Menschen angreift. Ich fordere alle Staaten auf, diese Waffen zu verbannen, da sie politisch nicht akzeptabel sind“, und er wiederholte die Charakterisierung dieser Waffen als „moralisch abstoßend“.

Die Zahl der Staaten, die ein Abkommen zur Verhütung dieser Waffen fordern, wachsen ständig. In der Generalversammlung dieses Jahr waren es 50, und 90 Staaten haben inzwischen über dieses Thema in der UN seit 2013 gesprochen.

Das Europäische Parlament hat im September eine Resolution verabschiedet, die internationale Verhandlungen zu einem Bann fordert; diese sollten unverzüglich beginnen. Es ist bedeutend, wie hoch die Anzahl der Stimmen war: 566 dafür, 47 dagegen, mit 73 Stimmenthaltungen. Und dies ist nicht das erste Mal, daß die europäischen Parlamentsmitglieder sich zu den LAWS äußern: bereits in 2014 wurde eine Resolution verabschiedet (mit 543 Ja-Stimmen), die die Entwicklung, Herstellung und Verwendung von voll autonomen Waffen, die Angriffe ohne menschliche Intervention auslösen können, verbot.

Nicht alle EU-Staaten sind einer Meinung. Wie ich schon erwähnte, fordert Österreich ein Verhandlungsmandat. Belgien hat bislang die Forderung der belgischen Parlamentarier ignoriert. Dänemark hat einen Tech-Botschafter und 17 Diplomaten, die in „Techplomacy“ arbeiten, äußert sich jedoch nicht in den Beratungen über LAWS.

Deutschland und Frankreich, wie schon erwähnt, streben eine politische nicht-bindende Erklärung an.

Irland meint, es ist zu früh, eine Verhandlungen zu beginnen.

Italien ist der Ansicht, daß man die möglichen Vorteile der wachsenden Autonomie in Waffensystemen untersuchen sollte und meinte, man könne Bedenken im Rahmen des bestehenden Regelwerkes abhandeln.

Die Niederlande unterstützt nicht den Ruf nach Verhandlungen und ist der Meinung, daß sinnvolle menschliche Kontrolle mit guter Programmierung ausreicht.

Wir alle lesen immer öfter in den Medien über die sogenannten Killer-Roboter. Amnesty fordert ein Totalverbot. Google hat aufgrund starker Proteste seiner Mitarbeit das Projekt Maven mit dem US-Verteidigungsministerium aufgegeben. Die Debatte wirft grundsätzliche Fragen zum Thema Technologie und Militär auf, und diese Debatte wird sich weiter vertiefen, denn die Öffentlichkeit ist gegen autonome Waffensysteme und wollen gehört werden.

In diesem Sinne freue ich mich, daß Sie so zahlreich gekommen sind und Interesse an dem Thema haben.